



Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete der FDP- und SPD-Bundestagsfraktionen,

unterbrochene Lieferketten und reduzierte Erntemengen gefährden weltweit die Ernährungssicherheit, die Zahl der von Hunger bedrohten Menschen steigt. Vor diesem Hintergrund halten wir es für höchst unverantwortlich, Nahrungsmittel wie Weizen, Mais oder Rapsöl als „Bio“-Kraftstoff in Autos zu verbrennen und bitten Sie daher, sich für den sofortigen Stopp der staatlichen Förderung von Biokraftstoffen auf der Basis von Nahrungs- und Futtermitteln einzusetzen.

Insbesondere seit Ausbruch des Krieges in der Ukraine zeigt sich eine Schattenseite des Biokraftstoff-Einsatzes überdeutlich: Biokraftstoffe sind mitverantwortlich dafür, dass sich Pflanzenöle global betrachtet in den letzten zwei Jahren – und insbesondere seit Beginn des Ukraine-Krieges – von allen Lebensmitteln am stärksten verteuert haben; bei Getreide wurden die zweithöchsten Preissteigerungen verzeichnet. Laut UN-Prognosen wird die aktuelle Preisinflation bei Grundnahrungsmitteln Millionen Menschen weltweit in die Unterernährung treiben.

78% des in der EU eingesetzten Biodiesels und 96% des Bioethanols werden aus Nahrungs- und Futtermittelpflanzen (v.a. Pflanzenölen und Getreide) hergestellt, die auch der menschlichen Ernährung dienen könnten. Die dafür benötigten Rohstoffmengen sind enorm: Täglich werden in der EU Weizenmengen im Umfang von umgerechnet 15 Millionen Laib Brot zu Kraftstoff verarbeitet, dazu kommen große Mengen anderer Getreidesorten. Allein die in Deutschland im Jahr 2021 zu Biokraftstoff verarbeitete Getreidemenge (2,4 Millionen Tonnen) würde ausreichen, um ein Jahr lang knapp 16 Millionen vom Hunger bedrohte Menschen mit einer täglichen Getreideration zu versorgen. Jeden Tag werden europaweit außerdem fast 19 Millionen Flaschen Raps- und Sonnenblumenöl und 14 Millionen Flaschen Soja- und Palmöl als Kraftstoff verbrannt. Fast 60% des in der EU konsumierten Rapsöls landet in Autotanks.

Der Biokraftstoffkonsum der EU beansprucht rund um den Globus insgesamt eine Fläche zwischen 5,1 und 8,9 Millionen Hektar, was zwischen 4,3% und 7,5% der gesamten Ackerfläche von EU und Großbritannien entspricht. Das ist keine kleine oder vernachlässigbare Fläche, sondern sogar deutlich mehr als die 4 Mio. Hektar ökologische Vorrangflächen, die die EU als Reaktion auf den Ukraine-Krieg nun vorübergehend für den

Ackerbau zugelassen hat. Ein Biokraftstoff-Förderstopp wäre demnach ein weit größerer Gewinn für die Ernährungssicherung als die Freigabe der Artenschutzflächen – und das, ohne dabei für die Biodiversität unerlässliche Flächen freizugeben.

Seit mehr als fünfzehn Jahren wird die Beimischung von Biokraftstoffen zu fossilem Benzin und Diesel staatlich gefördert – angeblich, um die vom Verkehrssektor verursachten Treibhausgasemissionen zu mindern. Dass dieses Ziel mit der Biokraftstoffbeimischung allerdings gar nicht erreichbar ist, zeigen Studien bereits seit Jahren. Das [Umweltbundesamt](#) stuft die Förderung von Biokraftstoffen aus Anbaubiomasse bereits seit jeher als klima- und umweltschädliche Subvention ein. Die einzige der staatlichen Förderung zugrundeliegende Voraussetzung – der Beitrag zum Klimaschutz – kann durch Biokraftstoffe also nicht gewährleistet werden.

Dieser Widerspruch entsteht, da der entscheidende Punkt – der Flächenverbrauch für den Anbau von Raps, Mais, Weizen & Co. für Biokraftstoff – bei der Berechnung amtlicher Klimabilanzen nicht berücksichtigt wird. Grundsätzlich bedeutet der immense Flächenverbrauch für Biokraftstoff, dass insgesamt weniger Land für natürliche Ökosysteme zur Verfügung steht, die Kohlenstoff speichern und wichtige Lebensräume bieten könnten. Allein dadurch entsteht ein gewaltiger Klimaschaden, wie eine aktuelle [Studie des ifeu-Instituts](#) im Auftrag der Deutschen Umwelthilfe zeigt.

Wegen der gravierenden Nebenwirkungen des Biokraftstoff-Einsatzes hat Umweltministerin Steffi Lemke einen Biokraftstoff-Förderstopp angekündigt, unterstützt unter anderem durch Ernährungsminister Cem Özdemir und Entwicklungsministerin Svenja Schulze.

Wir sind sehr besorgt über Positionen der SPD- und FDP-Fraktionen, in denen sie sich für den Einsatz von Biokraftstoffen aussprechen. Wir bitten Sie als Abgeordnete des Bundestages, Ihre Position zu überdenken und sich für ein sofortiges Ende der staatlichen Förderung von Biokraftstoffen auf der Basis von Nahrungs- und Futtermitteln einzusetzen.

Für Fragen und Rückmeldungen steht sehr gerne Kathrin Anna Frank (frank@duh.de, 030 2400 867-884) zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Jürgen Resch**, Bundesgeschäftsführer Deutsche Umwelthilfe

**Sascha Müller-Kraenner**, Bundesgeschäftsführer Deutsche Umwelthilfe

**Prof. (em.) Dr. Dr. h.c. Alois Heißenhuber**, TU München-Weihenstephan

**Chris Methmann**, Geschäftsführer foodwatch Deutschland

**Christoph Bals**, Politischer Geschäftsführer Germanwatch

**PD Dr. Daniel Müller**, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO)

**Prof. Dr. Eike Lüdeling**, Professur für Gartenbauwissenschaften, Universität Bonn

**Fabian Holzheid**, Politischer Geschäftsführer Umweltinstitut München

**Prof. Dr. Felix Creutzig**, MCC Berlin und TU Berlin

**Fenna Otten**, Fachreferentin Tropenwald ROBIN WOOD

**Florian Schöne**, Geschäftsführer Deutscher Naturschutzring (DNR)

**Prof. (em.) Dr. Gerd Esser**, Professur für Systemökologie, Geoökologie und Modellbildung  
Justus-Liebig-Universität Gießen

**Dr. Guy Pe'er**, German Centre for Integrative Biodiversity Research (iDiv) Halle-Jena-  
Leipzig und Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung - UFZ

**Dr. Hannes Böttcher**, Senior Researcher, Öko-Institut e.V.

**Horst Fehrenbach**, Fachbereichsleiter ifeu - Institut für Energie- und Umweltforschung  
Heidelberg

**Prof. Dr. Josef Settele**, Department-Leiter am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung -  
UFZ, Mitglied des Sachverständigenrates für Umweltfragen - SRU, Ko-Vorsitzender des  
Globalen Berichtes des Weltbiodiversitätsrates IPBES

**Leif Miller**, Bundesgeschäftsführer NABU Deutschland

**Matthias Lambrecht**, Fachkämpagner Agrarwende Greenpeace

**Prof. Dr. Peter Feindt**, Professor für Agrar- und Ernährungspolitik an der Humboldt-  
Universität zu Berlin

**Sarah Lesch**, Liedermacherin

**Prof. Dr. Sebastian Lakner**, Professur für Agrarökonomie Universität Rostock

**Sonja Taubert**, Mitglied des Koordinierungskreises von Attac Deutschland

**Stef Cornelis**, Director Transport & Environment Germany

**Susanne Köppen**, Biomasse und Ernährung ifeu - Institut für Energie- und  
Umweltforschung Heidelberg

**Susanne Winter**, Programmleitung Wald beim WWF

**Thomas Kastner**, Senior Scientist, Senckenberg Biodiversität und Klima  
Forschungszentrum

**Tobias Kümmerle**, Professor für Biogeographie und Naturschutz, Humboldt-Universität zu  
Berlin

**Prof. Dr. Volker Quaschnig**, Fachbereich Regenerative Energien Hochschule für Technik  
und Wirtschaft HTW Berlin